

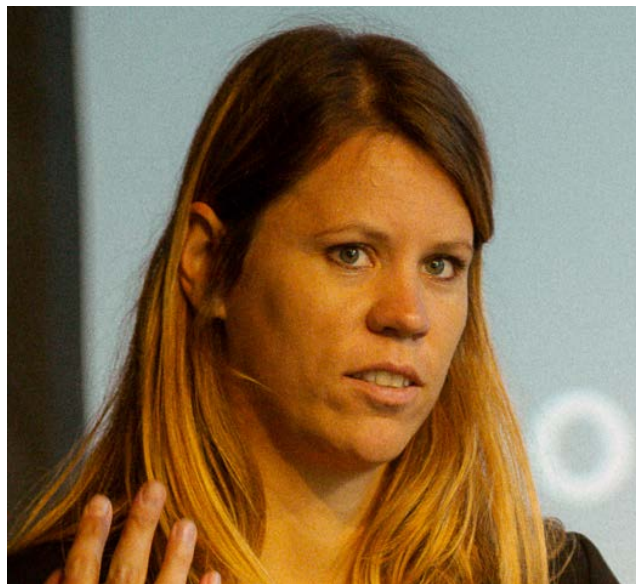
**In der Corona-Krise: Eine Stimme aus der Zivilgesellschaft**

**16**

Deutschland übernimmt die EU Ratspräsidentschaft — Doch wohin geht die Reise in Europa? Trotz unseres demokratischen Systems scheint es an dem Mitspracherecht der Zivilgesellschaft noch zu ruckeln. Dieses erkämpft sie sich mit der *Conference on the Future of Europe* sowohl lokal als auch transnational.

Eine Kolumne von Daphne Büllesbach

10. Juli 2020



**Wo geht die Reise hin?**

Wenn Sie Auto fahren, nutzen Sie sicherlich häufig ein Navigationssystem. Dieses System ermöglicht es Ihnen, auf der besten Route zum Ziel zu kommen. Dabei kann es dazu kommen, dass die Route neu berechnet wird. Ein einfacher Vorgang, weil sich einige Parameter zwischenzeitlich verändert haben, es gibt Stau, einen Unfall, oder eine neue Umgehungsstrasse. Gesellschaftlich ist ein Neuberechnen der Route dagegen häufig zäh und besonders schwierig, wenn es mit langjährigen Routinen bricht und an die Grundfeste unserer Vorstellungen von Gesellschaft und Wirtschaft

geht. Und dennoch ist klar, dass sich in den letzten Jahrzehnten die Parameter deutlich verschoben haben.

Die gute Nachricht ist, die Routen wurden an sehr vielen Stellen von progressiven zivilgesellschaftlichen Gruppen oder auch der Wissenschaft bereits neu berechnet und teilweise sogar schon ausprobiert: Wir haben z.B. die Möglichkeit, früher als 2038 aus der Kohle auszusteigen; Städte stehen bereit, Geflüchtete aufzunehmen, wenn es ihnen ermöglicht werden würde; wir könnten wie jüngst in Brüssel massiv in den Ausbau von Fahrradinfrastruktur investieren und dadurch die Lebensqualität verbessern.

Es erklärt sich von selbst, dass die genannten Themen auch miteinander in Zusammenhang stehen: die soziale Frage ist die ökologische Frage und umgekehrt. Die Diskussion über die sozial-ökologische Transformation ist auch deshalb eine zutiefst demokratische Frage. Es geht darum zu verstehen, wie wir in einem demokratischen System Lösungen herbeiführen, die breite gesellschaftliche Akzeptanz finden und somit auch zu kulturellem Umdenken und Wandel führen. Wir haben das Problem der tickenden Uhr, weil jahrzehntelang nicht gehandelt wurde. Was jetzt von Bedeutung ist, ist, sich auch damit auseinander zu setzen, wie wir demokratisch, inklusiv und dennoch rasch Entscheidungen treffen. Dabei kann der Horizont nicht an den nationalen Grenzen halt machen, sondern muss von vornherein transnational sein.

Auch die Kommission von der Leyen verkündete, dass zur Lösung dieser Herausforderungen Demokratie sehr viel stärker transnational gefördert und umgesetzt werden muss, auch jenseits von Wahlen für das Europaparlament. Sie rief 2019 zu einer *Conference on the Future of Europe* auf. Zivilgesellschaftliche Gruppen aus ganz Europa sahen darin allerdings sehr bald die Gefahr einer Scheinbeteiligung von Bürger\*innen Europas. Beteiligung ja, aber nicht von oben herab und ohne Konsultationen. Beteiligung ja, aber auch keineswegs, um damit die Politik aus ihrer Verantwortung zu nehmen. Die *Conference on the Future of Europe* sollte ursprünglich, bevor Covid-19 alle Pläne änderte, am 9. Mai, dem Europatag, ihren Auftakt haben. Dieser musste verschoben werden; die Zivilgesellschaft gewann Zeit, auf diesen Prozess

tiefer einzugehen und die Bedrohung von Covid-19 für die (europäische) Demokratie zu thematisieren. Es gründete sich die Initiative *Citizens Take over Europe*, die mittlerweile fast 50 Organisationen aus mehr als 10 europäischen Ländern umfasst, unter ihnen das *European Civic Forum*, *European Alternatives*, oder das deutsche Bundesnetzwerk *Bürgerschaftliches Engagement (BBE)*.

*Citizens take over Europe* will die Route neu berechnen. In einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Merkel fordert sie, aus Anlass der Übernahme der EU Ratspräsidentschaft von Deutschland:

*„We demand a fundamental rethinking on how our European democracy works by empowering citizens by tried and tested participatory tools to influence decision making, as well as through innovative deliberative methodologies. [...] We are developing and will advocate for key criteria for a successful Conference on the Future of Europe, that puts citizens at the heart of the process.“*

Das Bündnis will ein Mitspracherecht im Design der *Conference on the Future of Europe* und fordert Merkel auf, diese Ratspräsidentschaft für einen ‚Neuanfang‘ zu nutzen. (Mehr über die Initiative *Citizens take over Europe* und der gesamte Brief sind hier zu finden: <https://citizenstakeover.eu/> )

Es ist richtig, dass die Zivilgesellschaft in Europa versucht, sich diese Mitsprache zu erkämpfen: Sie sollte selbstverständlich sein, ist es aber nicht. Vielerorts werden zivilgesellschaftliche Gruppen sogar zurückgedrängt wie in Ungarn. Bürger\*innenbeteiligung ist noch lange keine Selbstverständlichkeit, und natürlich bleibt sie schwierig, desto höher die Ebene ist und desto weiter weg von der lokalen Ebene und der Lebenswirklichkeit der Bürger\*innen. Es ist immer ein sowohl als auch: lokal und transnational zugleich, um beide Ebenen und ihre Wechselwirkung mitzudenken. In Covid-19-Zeiten hat sich eines deutlich gezeigt: die Parameter des Sozialen haben sich in kürzester Zeit geändert. Es ist an der Zeit, auch die Parameter der Mitbestimmung auf transnationaler Ebene neu zu denken.

Die Komplexität dieser Herausforderung wird in den letzten Jahren unterstützt durch eine veränderte Kompetenz zivilgesellschaftlicher Organisationen: Sie haben an Fachwissen, Methodik, Netzwerken und schließlich (internationaler) Kampagnenschlagkraft hinzugewonnen. Gleichzeitig zeigte das Ergebnis der Europawahlen 2019 auch deutlich: Die Wahlbeteiligung ist fast allerorts in der EU wieder gestiegen. Ein Interesse für europäische Themen besteht oder anders gesagt, europäische Öffentlichkeit kann punktuell entstehen. Eine gut aufgestellte und unter Beteiligung von zivilgesellschaftlichen (lokalen) Gruppen organisierte *Conference on the Future of Europe* kann und sollte unbedingt die Chance nutzen, Öffentlichkeit zu schaffen für die Bedeutung des Ausbaus transnationaler Demokratie in Europa. Nicht zuletzt um die Route weg von der rechtspopulistischen Einbahnstrasse zu wählen.

*Daphne Büllsbach ist Geschäftsführerin der Humboldt-Viadrina Governance Platform in Berlin (HVGP). Bis Ende 2019 war sie Executive Director von European Alternatives und Kuratorin des Politik-, Kunst- und Kulturfestivals Transeuropa.*

*Die Maecenata Stiftung ist über die angeschlossene 'Quelle Innovationsstiftung' Gesellschafterin der HVGP. Näheres dazu unter [www.maecenata.eu/netzwerk-stiftung](http://www.maecenata.eu/netzwerk-stiftung). Sie erreichen sie unter: [dbuellesbach@governance-platform.org](mailto:dbuellesbach@governance-platform.org).*

**Weitere Ausgaben: In der Corona Krise: Eine Stimme aus der Zivilgesellschaft:**

1 Dr. Rupert Graf Strachwitz

10 Dr. Siri Hummel

2 Dr. Rolf Alter

11 Dr. Henning von Vieregge

3 Dr. Eckhard Priller

12 Dr. Hind Arroub

4 Malte Schrader

13 Dr. Chris Lange

5 Marie-Catherine von Heereman

14 Wolfgang Chr. Goede

6 Jasmin Aksan und Finn Büttner

15 Dr. Stefan Toepler

7 Dr. Rupert Graf Strachwitz

8 Goda Milasiute

9 Carmen Hussein und Malte Schrader